

Der Reichspräsident nahm das Beschlusungs-
jahr ein und erwiderte u. a.: Die Worte, die Sie
an mich gerichtet haben, finden bei mir und, wie ich über-
zeugt bin, beim ganzen deutschen Volke verständnisvollen
Widerstand. Ihre Worte bezeugen, daß eine ver-
ständnisvolle Einseitigkeit für Ihre Tätigkeit in
unserer Mitte.

Der holländische Kredit für Deutschland.
Den Haag, 2. Juli. Die Amsterdamer Kammer hat heute die
Sprache über den 200-Millionen-Gulden-
Kredit für Deutschland angenommen. (W. T. B.)

**Der Reichskanzler und die Minister-
Präsidenten.**
(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)
Im Reichskanzlerpalais fand heute eine Besprechung
zwischen dem Reichskanzler und den Minister-
präsidenten sämtlicher deutscher Bundesstaaten statt.
Die Konferenz gilt der Frage der föderativen Gestaltung
des Reiches. Sie ist in Zusammenhang zu bringen mit der
Erklärung, die der Reichskanzler innerhalb des Regie-
rungsprogramms darüber im Reichstag abgegeben hat.

Die Bayerische Volkspartei für die Koalition.
München, 2. Juli. Die Reichstagsfraktion der Baye-
rischen Volkspartei erklärte schriftlich ihre Bereit-
willigkeit zum Eintritt in die Regierungskoalition unter
gewissen Bedingungen. Die auch Lehrenbach angenom-
men hat.

Der kommunistische Streik in Berlin.

In der Freitagsmorgens wird die Beweisaufnahme mit
der weiteren Vernehmung des Zeugen Toiff, fortgesetzt.
Rechtsanwalt Dr. Weindberg geht noch auf mehrere Einzel-
heiten ein, um darzulegen, daß die Beschuldigung von Terror
und Mordzentrale nicht seien, als eine Anklage von
Spitzeln. Bei der Frage des Verteidigers, ob der Zeuge
jemand aufgefördert habe, die Spitzeln Schreiber-Röhde
zu ermorden, bittet Staatsanwalt Dr. Ortmann, den
Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß er befragt
ist. Die Antwort auf diese Frage zu verweigern. — Vert.
Dr. Weindberg (erregt): Wir brauchen uns hier, ein
schwerwiegendes Verbrechen aufzuheben, und es ist doch
unmöglich, daß der Staatsanwalt verfuhr... — Fort.
(unterbrechend): Ich muß doch den Herrn Staatsanwalt
nacher einen derartigen Angriff zu Schutze nehmen. —
Staatsanw. Dr. Ortmann: Ich weiß die Bemerkung des
Verteidigers mit Entschiedenheit zurück. Es wird doch der
Zeuge durch solche Fragen von der Partei terrorisiert. —
Vert.: Haben Sie also niemals dazu aufgefordert, jemand
zu ermorden? — Zeuge: Mit einem gewissen kann ich
diese Frage verneinen. — Weitere Fragen der Verteidig-
ung, ob er aufgefordert habe, Bruderschen zu überfallen,
ob er Befehl zur Tötung Bruderschen erhalten habe und
dergleichen, verneint der Zeuge Toiff. — Vert.: Haben Sie
an solchen Unternehmungen teilgenommen? — Zeuge:
Darüber verweigere ich die Aussage. — Damit ist die Ver-
nehmung dieses Zeugen vorläufig beendet.

Landarbeiterstreik auch in Vorpommern.
(Eigener Drahtbericht des Dresdn. Nachrichten.)
Berlin, 3. Juli. Der Landarbeiterstreik in Pom-
mern hat auf Vorpommern übergriffen. Im Regierungs-
bezirk Greifswald sind jetzt gleichfalls große Teile der
Landarbeiter in den Streik getreten.

Eine Gewerkschaftsforderung auf Preisabbau.
Berlin, 3. Juli. Die Gewerkschaften haben der Regie-
rung eine neue Forderung unterbreitet, die den sofortigen
Abbau der Lebensmittelpreise durch Zwangs-
maßnahmen verlangt. Es wird auf die steigende Ge-
regung der wertvollen Bevölkerung hingewiesen. Der
Reichskanzler wird noch vor der Abreise nach Spa Ver-
treter der Gewerkschaften empfangen.

**Eine deutsche Gewerkschaftskommission nach
Rußland.**
Die Berliner Gewerkschaftskommission be-
schließt, eine dreigliedrige Studienkommission nach Sowjet-
Rußland zu senden, um Gewisheit über die russischen
Zustände zu erhalten. (W. T. B.)

Neutralisierung Oberschlesiens.
Warschau, 2. Juli. Die Verhandlungen, nach denen das
Schicksal Oberschlesiens in Spa zur Verhandlung kommen
soll und das der Plan, Oberschlesien die Form einer selbst-
ständigen Republik zu geben, bereits ausführlich er-
örtert wurde, beschäftigen sich. In hiesigen politischen Kreisen
sieht man der Entwicklung der ober-schlesischen Frage mit
äußerem Optimismus entgegen, zumal verlautet, zwischen
Frankreich und Polen habe in diesen Tagen ein Meinungs-
ausgleich stattgefunden, in dem Polen seine unbedingt
dringenden Ansprüche gemindert wurden. Die französische Re-
gierung erklärte, daß sie selbstverständlich grundsätzlich be-
reit sei, Polens Interessen zu verteidigen und zu wahren,
daß Frankreich jedoch an Deutschlands Zahlungsfähigkeit
ein außerordentliches Interesse habe und daß seine Ent-
scheidungen über die Ober-schlesien nicht ohne die ober-
schlesische soziale Wirtschaft zu Grunde gehen müßte, müßte
aus Frankreich seine Entschlüsse betr. Oberschlesien
ändern.

Die Transporte ins Abstimmungsgebiet.
Berlin, 2. Juli. Mit Rücksicht auf die erheblichen
Schwierigkeiten des Verkehrs durch den polnischen
Korridor sind Vorkehrungen getroffen worden, einen Teil
der Abstimmungsgebiete auf dem Seewege nach
Dänemark zu befördern. Auch Fahrzeuge der Reichs-
marine sind für diesen Zweck verfügbar gemacht worden.
Bis zum 9. Juli werden Torpedoboote mit Abstim-
mungsberechtigten an Bord von Swinemünde nach Stolp-
münde nach Pillau in See gehen. (W. T. B.)

Eine deutsche Forderung nach mehr Schiffsraum.
H Haag, 2. Juli. „Daily Telegraph“ teilt mit, daß die
deutsche Regierung anläßlich der nach dem Friedensvertrag
Deutschland zugehenden 300 000 Tonnen Schiffsraum
600 000 Tonnen als Minimum verlangen wird.

Die polnischen Silberrufe.

Paris, 2. Juli. Die Pariser Ausgabe der „Chicago
Tribune“ berichtet von einer Unterredung zwischen Koch
und dem britischen Botschafter Lord Curzon. Ver-
anlaßt wurde diese Unterredung durch einen dringenden
Hilferuf Polens an Marquall nach. Die Unter-
redung dauerte über eine Stunde und befaßte sich in
der Hauptsache mit den Mitteln, durch die das Vordringen
der Bolschewisten eingedämmt werden könne. Man glaubt,
daß es den Polakern nicht gelingen werde, Warschau zu
erretten, wenn sie nicht auf politischem Wege ge-
zwungen werden könnten, den Vermarsch einzustellen.

Die bolschewistische Propaganda in Vorkland.
Kopenhagen, 2. Juli. Wie das hiesige Pressebüro
aus Moskau meldet, wurde dort eine weitverzweigte
bolschewistische Organisation aufgedeckt. In
einer Nacht wurden zahlreiche Mitglieder der Organisation
verhaftet. Aus den beschlagnahmten Schriftstücken geht
hervor, daß es in Vorkland über 600 organisierte Kom-
munisten gibt, in Moskau 200.

Für einen Teil der Dejer wiederholt. Der englische Botschafter beim Reichs- Präsidenten.

Berlin, 2. Juli. Der Reichspräsident hat heute
den neu ernannten königlich britischen Botschafter Lord
Abernon zur Entgegennahme seines Beglaubigungs-
schreibens empfangen. Bei der Heberredung hielt der Bot-
schafter eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Seiner
Majestät Regierung hat mich mit der ehrenvollen Pflicht
betraut, volle diplomatische Beziehungen mit der deutschen
Republik herzustellen. Ich habe diese Aufgabe übernommen
in der Hoffnung, daß ein nützlicher Verkehr auf diesem Ge-
biete zwischen zwei großen Gemeinwesen dadurch erleichtert
werden möge. Die Lage, mit der die Regierungen der Welt
heute rechnen müssen, ist von beispielloser Schwierigkeit.
Die Weltfriede kann erfolgreich nur durch gemeinsame Zu-
sammenarbeit überwunden werden und durch freimütige Er-
kenntnis der Wahrheit, daß das Wohl jedes einzelnen das
Wohl aller ist. Die wesentliche Grundlage dieser Zusammen-
arbeit ist für uns die feste und herzliche Erhaltung gegen-
wärtiger Bündnisse und die genaue Ausführung der Ver-
pflichtungen des Friedensvertrages. Wirtschaftlicher
Wiederstand ist das gebieterische Erfordernis der
Welt, und dieses kann nur erfüllt werden in einer Atmo-
sphäre des Vertrauens. Sobald durch lokale Handlungen
und guten Willen das Vertrauen wieder hergestellt
wird, sind die Nationen berechtigt, nicht nur Spielraum zur
Entwicklung zu erwarten, sondern auch Beistand bei der
Entwicklung.

Der Reichspräsident nahm das Beschlusungs-
jahr ein und erwiderte u. a.: Die Worte, die Sie
an mich gerichtet haben, finden bei mir und, wie ich über-
zeugt bin, beim ganzen deutschen Volke verständnisvollen
Widerstand. Ihre Worte bezeugen, daß eine ver-
ständnisvolle Einseitigkeit für Ihre Tätigkeit in
unserer Mitte.

Der holländische Kredit für Deutschland.
Den Haag, 2. Juli. Die Amsterdamer Kammer hat heute die
Sprache über den 200-Millionen-Gulden-
Kredit für Deutschland angenommen. (W. T. B.)

**Der Reichskanzler und die Minister-
Präsidenten.**
(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)
Im Reichskanzlerpalais fand heute eine Besprechung
zwischen dem Reichskanzler und den Minister-
präsidenten sämtlicher deutscher Bundesstaaten statt.
Die Konferenz gilt der Frage der föderativen Gestaltung
des Reiches. Sie ist in Zusammenhang zu bringen mit der
Erklärung, die der Reichskanzler innerhalb des Regie-
rungsprogramms darüber im Reichstag abgegeben hat.

Die Bayerische Volkspartei für die Koalition.
München, 2. Juli. Die Reichstagsfraktion der Baye-
rischen Volkspartei erklärte schriftlich ihre Bereit-
willigkeit zum Eintritt in die Regierungskoalition unter
gewissen Bedingungen. Die auch Lehrenbach angenom-
men hat.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. Juli. Im weiteren Verlauf der Freitags-
Sitzung des Reichstages fuhr Abg. Bellerich (D. N.) in
seiner Rede fort: Mit den Parteien der Koalition sind wir
darüber einig: das Wichtigste, was wir brauchen, ist die
Wiederherstellung und Sicherung von Recht und Ordnung.
(Zehr richtig! rechts. Unruhe links.) Wir brauchen aber
auch die Machtmittel, um Recht und Ordnung sicher-
zustellen. (Wärm links.) Als ich ins Amt trat, machte ich auf-
merksam, daß wir, wenn der Krieg länger dauere, nicht um
Kriegssteuern herumkommen würden. Der Abg. Spahn
wird mir bestätigen, daß ein Mitglied seiner Partei damals
sagte, die Kriegssteuern müßten unter allen Umständen ver-
mieden werden. (Ramen nennen!) Nun, wenn Sie es ab-
solut wissen wollen: Er heißt Erbacher! (Lang-
andauernde Heiterkeit. Große Unruhe in der Mitte.) Nach
der Revolution hat dann der Reichsfinanzminister Schiffer
noch in einer Denkschrift erklärt, es könne immerhin
zweifelhaft sein, ob es während des Krieges nicht richtiger
gewesen wäre, alles auf Aufschub zu nehmen. (Verstärkter
Lärm, hört! rechts. Unruhe und Bewegung.) Gegen einen
anderen Vorwurf des Reichsfinanzministers stelle ich fest,
daß es in meiner Amtsführung ein richtiges Defizit gar
nicht gegeben hat. (Widerpruch und Lärm links.) Die
Umwandlung der einzelstaatlichen Bahnen in Reichsbahnen
ist nicht mit der nötigen Sorgfalt durchgeführt worden.
Die Einzelstaaten haben vorher noch Verbesserungsmaß-
nahmen vorgenommen, die dem Reiche Milliarden kosteten. Wenn
wir nicht andere Wege geben, kommen wir zum

Bankrott des Eisenbahnwesens.
(Großer Lärm links. Zurufe: Sie sind ein Bankrotteur.
Sie haben Deutschland gerädert!) Der Erklärung
der Regierung über ihre Politik können wir im all-
gemeinen zustimmen. Ueber unsere Stellung zur Re-
gierung stellen wir einen eigenen Antrag. Wir treten ein
für Einigkeit und Geschlossenheit der Nation. Wer in der
Höhe zum Vaterlande mit uns geht, dem werden wir zur
Seite stehen. (Lob. Beifall rechts, anhaltendes starkes
Lachen bei den übrigen Parteien.)

Vizepräsident Dietrich: Es sind eine Fülle belei-
gender Zurufe gemacht worden. Ich muß festhalten,
wer sie gemacht hat. Die Unabhängigen springen auf und
stimmen in den Ruf des Abg. Dente ein: Wir alle, wir alle!
Vizepräsident Dietrich: Dann rufe ich Sie alle zur
Ordnung.

Reichsfinanzminister Dr. Birt: Die Minister sind in
24 Stunden auf dem Wege nach Spa. Wir sind betrübt und
entsetzt, 24 Stunden bevor wir fahren, eine derartige Rede
hier zu hören. (Zehr richtig! links. Widerpruch rechts, an-
dauernde Unruhe. Was Bellerich vortrag, ist ein Beweis,
daß wir tragenden in anderen Frieden hätten haben können.
(Große Unruhe rechts. Zuruf: Das sagt ein deutscher Min-
ister.) Wenn wir auf Jüres (nach rechts) Politik aufbauen
wollten, wären wir am Ende unseres Lateins. Wir wollen
in Spa aufrichtig und ernst am Wiederaufbau Europas
arbeiten, nicht in hündischer Demut vor der Entente.
Abg. Becker-Hellen (D. N.): Die Parteien, die soviel vor
Freiheit reden, sollten die Freiheit doch besser achten. (Zehr
richtig!) Wir haben eine

Opposition der Beamenschaft
und gehen daran zugrunde. Wir brauchen mehr Privatwirt-
schaft. Die Sozialdemokraten sollten sich wohl über-
legen, ob sie an einem Erreichen, Achtundzwanzig usw., fest-
halten müssen, wenn auch die Beträge darüber zugrunde
gehen. Redner dankt dem Minister des Auswärtigen für die
kräftigen Töne, die endlich einmal hier wieder angeschlagen
wurden. (Beifall.) Die Regierung darf in Spa sich nicht
in die Höhe drängen lassen: „Wir können nicht halten, aber
wir unterschreiben!“ Was man unterschreibt, muß man auch
halten, oder man unterschreibt nicht.

Abg. Fran Jellin (Rom.) verlangt ein Schutz- und
Trutzbündnis mit der russischen Sowjetregierung und
appelliert an das Proletariat aller Länder, gegen den Kapi-
talismus aufzumarchieren. Nach etwa zweistündiger Rede
muß sie erschöpft aus dem Saale geschrien werden.

Abg. Dr. Peterlin (Dem.) führt aus, die alte Koalition
sei die einzige mögliche Wehrheitsbildung gewesen. Seine
Freunde wollten keinen Bürgerkrieg, weil sie die Gegen-
sätze nicht verkörpern, sondern überbrücken wollten.

Reichskanzler Lehrenbach dankt für die objektive Würdi-
gung des Regierungsprogramms. Er bittet die Parteien in
der Regierung, aufeinander Rücksicht zu nehmen, und bittet
die anderen Parteien, das Maß der berechtigten Kritik nicht
zu überschreiten. Nach Spa gehen wir mit dem guten
Willen der Wiedergutmachung, aber auch mit der Hoffnung,
daß wir unsere Verhandlungsgegner davon überzeugen;
über die Verhandlungsmöglichkeit gehen wir in keiner Weise hin-
aus.

Damit schließt die Aussprache. Nach zahlreichen
persönlichen Bemerkungen wird der

**Misstrauensantrag der Unabhängigen mit 318 gegen
14 Stimmen abgelehnt.**

Ebenfalls abgelehnt wird ein Antrag Herzog
(D. N.), wonach die Erwartung ausgesprochen wird, daß die
Regierung Ruhe und Ordnung, Leben und Eigentum schütze,
unter Zurückstellung der Parteipolitik den Wiederaufbau in
Angriff nehmen und in Spa die Würde und die Interessen
des Reiches mit Festigkeit vertreten werde. — Die Abg.
Schiffer (Dem.) und Dr. Stresemann (D. N.) hatten vorher
erklärt, daß sie sich nicht gegen diesen Antrag nichts einwen-
den hätten, daß sie aber an dem gemeinsamen Antrag der
Regierungsparteien festhalten müßten.

Der Antrag der Regierungsparteien
lautet: „Der Reichstag hat die Erklärungen der Reichsregie-
rung vom 28. Juni 1920 zur Kenntnis genommen. Er er-
wartet von der Regierung, daß sie diesen Erklärungen ent-
sprechend die Politik des Reiches, insbesondere auch bei den
bevorstehenden Verhandlungen in Spa, führen wird.“

Dieser Antrag wird mit 253 gegen 62 Stimmen
der Unabhängigen bei 34 Stimmentzählungen der Deutsch-
nationalen angenommen. — Morgen 11 Uhr An-
träge und Anterpositionen. — Schluß 10 Uhr.

Seite 2
Deutscher Reichstag
Sitzung, 4. Juli 1920
Nr. 241

Die Frage der Revision.

Kopenhagen, 3. Juli. Die „Politiken“ aus Paris er-
zählt, wird es in der Brüsseler Konferenz für Spa auch
zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Revision des
Friedensvertrages kommen, da besonders von amerika-
nischer Seite kein Zweifel daran gelassen wurde, daß so-
wohl England wie Italien einem Vorschlag auf Revi-
sion des Friedensvertrages beizutreten gedenken.
Danach würde Deutschland das Recht bekommen, seine
jetzige Seeresmacht zu behalten. Dafür wird
außer England und Italien auch Japan stimmen, so daß
Frankreich in der Minderheit bleibt. In amerikanischen
Kreisen soll man auch bereit sein, eine Revision in den
finanzialen Bestimmungen des Friedensver-
trages vorzuschlagen. Amerikanische Finanzleute be-
trachten es als nachteilig, daß Deutschland die Bedingun-
gen erfüllen kann. Frankreichs Standpunkt zur Revision
des Friedensvertrages wird folgendermaßen zusammen-
gefaßt: 1. muß von vornherein eine feste Grenze für die
Deutschland einräumenden Ansehensrechte gemacht werden.
Der Teil der Entschädigungssumme, den Frankreich erhalten
soll, dürfe unter keinen Umständen unter 50 Milliarden be-
tragend; 2. seien territoriale Bestimmungen als unan-
nehmbar zu betrachten; 3. müsse das Recht bestehen bleiben,
Deutschland, wenn nötig, mit Machtmitteln zur Einhaltung
seiner Verpflichtungen zu zwingen, eventuell auch wieder mit
der Ausdehnung der Okkupation.

Aus der französischen Presse erfährt man jetzt Näheres
über den Inhalt der beiden deutschen Denkschriften, die vor
einigen Tagen in Paris überreicht wurden. Die deutschen
Sachverständigen erklären in der Denkschrift, Deutschlands
Dasein habe sich seit dem Vertrag von Versailles geändert und
von 100 Milliarden könne keine Rede mehr
sein. Deutschland besitze nicht mehr das Saargebiet, Ober-
schlesien, Danzig und nicht mehr den freien Verkehr mit
Dänemark. Deshalb kann Deutschland keine Vorschläge
wegen der Höhe seiner Entschädigungssumme machen, solange
nicht seine wirtschaftliche Souveränität wiederhergestellt sei.
Auch seien 200 000 Mann für die Reichswehr notwendig.
Ferner müßten Kohle und Lebensmittel an Deutschland
geliefert werden. Nur dann können Deutschland den Mit-
telten Vorschläge für die Bezahlung der Kriegsentchädigung
machen und sofort an ihre Regelung gehen.

Foch über Spa.

Rotterdam, 3. Juli. Der Korrespondent des „N. A. C.“
in Brüssel hatte mit Marshall Foch, bevor ich dieser zur
Konferenz begab, eine Unterredung. Foch erklärte, daß die
Mitglieder einig empfänden und einig in der La-
ge seien. Weiter sagte er, daß die Konferenz darüber
wachen werde, daß die Abrüstung von Deutschland
durchgeführt werde. Was den französisch-belgischen
Mittlervertrag betreffe, so erklärte Foch, daß die Frage
gute Fortschritte mache. Und England? fragte der Kor-
respondent. Was England anlangt, antwortete Foch, so muß
man sich an Lord George und Wilson wenden. Ich spreche
nur von Frankreich zu Ihnen. Der Marshall schloß, in-
dem er die Notwendigkeit betonte, die Ausführung des
Friedensvertrages zu sichern. Dazu, fügte er hinzu, die
Deutschen würden uns selbst bis aufs Hemd ausleiden.